

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4733

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4733



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Sicherheit geht vor

Der Bund hat die Gefahr radikal-islamistisch motivierter Gewaltstraftaten ebenso unterschätzt wie die Einschleppung von muslimisch motiviertem, gewaltbereitem Antisemitismus.

Die Sicherheit der Recht und Gesetz respektierenden Bewohnerinnen und Bewohner der Schweiz, welchem Glauben sie auch anhängen, geht vor. Kompromisslos!

Mit dem EU-Unterwerfungsvertrag aber will der Bundesrat Schengen/Dublin und offene Grenzen – ebenso wie Personenfreizügigkeit und Masseneinwanderung – zementieren.

Damit öffnet er der Islamisierung und dem muslimisch motivierten Antisemitismus Tür und Tor.

Schweizerzeit und Egerkinger Komitee:

- Nein zum EU-Unterwerfungsvertrag
- Nein zu Schengen/Dublin
- Nein zur Personenfreizügigkeit
- Nein zur Masseneinwanderung
- Nein zur Islamisierung der Schweiz
- Nein zum Antisemitismus-Import

Ich will die Schweiz vor Islamisierung und Antisemitismus-Import bewahren!
Deshalb leiste ich einen Beitrag zur Grossverteilung des Sonderdrucks «Wir wehren uns!»

Per Internet flyerversand-schweiz.ch/stoppislamismus: Mit wenigen Klicks den Sonderdruck «Wir wehren uns!» in den Gemeinden Ihrer Wahl verteilen lassen. Nur 25 Rappen pro Exemplar (inklusive Druck, Porto und allen weiteren Kosten).

Per Telefon **052 301 31 00**: Verteilungs-Aufträge für den Sonderdruck «Wir wehren uns!» in den Gemeinden Ihrer Wahl nehmen wir auch per Telefon entgegen.

Per Post:

Name / Vorname

Strasse, Nr.

PLZ, Wohnort

E-Mail

Telefon

Sonderdruck verteilen lassen. Ich wünsche die Verteilung in folgenden Gemeinden:

Einen Einzahlungsschein für Spende

..... Exemplare des Sonderdrucks «Wir wehren uns!»

Eine Schweizerzeit zur Probe

Schweizerzeit, Postfach 54, 8416 Flaach (ZH), Tel. 052 301 31 00
info@schweizerzeit.ch, schweizerzeit.ch

Unkontrollierte Masseneinwanderung und fehlende Grenzkontrollen befeuern die Islamisierung der Schweiz und Antisemitismus-Import durch Muslim-Fanatiker und -Terroristen



Wie reagiert der Bundesrat?

Mit dem EU-Unterwerfungsvertrag will er das Asylchaos und die offenen Grenzen weiterhin zulassen und die Personenfreizügigkeit, also die Masseneinwanderung der Demokratie entziehen!

Wir wehren uns!



Politischer Islam –

Politischer Antisemitismus

Aggressiver Antisemitismus verbreitet sich bedrohlich in ganz Westeuropa. Auch in der Schweiz. Antisemitische Terroranschläge und Attentate, verübt von muslimischen Fanatikern, sind Tatsache.

Die Schweizerzeit und das Egerkinger Komitee sprechen Klartext: Der die öffentliche Ordnung mit Füßen tretende Antisemitismus hat seine Wurzeln im politischen Islam. Er wird von ideologisch verblendeten Islamisten fanatisch ausgelebt. Der muslimische Antisemitismus, der in Zürich soeben mit einer brutalen Messerattacke auf einen jüdischen Bürger Tatsache wurde, gefährdet Leib und Leben von hier lebenden friedlichen Menschen.

Konsequenzen:

Jeglicher Antisemitismus ist strafrechtlich zu verfolgen. Der muslimisch motivierte Antisemitismus, gegen Christen und Juden gerichtet, vor Mordtaten nicht zurückschreckend, darf sich in der Schweiz unter keinen Umständen ausbreiten.

Tatsache ist aber auch:

- Rot-Grün verharmlost den muslimischen Antisemitismus notorisch – versucht gar, ihn totzuschweigen. Dies nicht zuletzt, weil man – zumindest in Teilen – mit ihm sympathisiert.
- Unter dem Vorwand von «Kapitalismus-Kritik» und «Imperialismus-Anschwärzung» begünstigen links-grüne Ideologen den muslimisch motivierten Antisemitismus. Die Besetzungen von Schweizer Universitäten durch woke-linke Studenten offenbaren eine verstörende Nähe linker Kreise zu antisemitischem Gedankengut.
- Seit Jahren behindert Rot-Grün die wirksame Bekämpfung des muslimisch motivierten Antisemitismus:
- Links-Grün verhindert die strikte Ahndung von Asylmissbrauch;
- Links-Grün verhindert die konsequente Bekämpfung von Ausländerkriminalität, indem sich ihre Vertreter der Ausweisung ausländischer Straftäter notorisch verweigern;
- Links-Grün torpediert einschränkende, Antisemitismus unterbindende Einbürgerungs-Richtlinien;
- Links-Grün verhindert die uneingeschränkte Umsetzung der Ausschaffungs- und der Anti-Masseneinwanderungs-Initiative.

Links-Grüne Realitätsverweigerung bildet den Nährboden für die Ausbreitung von muslimischem Antisemitismus!

Schweizerzeit und Egerkinger Komitee fordern

und uns verbundene Parlamentarier reichen die entsprechenden Vorstösse ein:

• Strafbares ist zu bestrafen

Wer in der Schweiz strafbare Handlungen wie Zwangsheirat, Ehrenmorde, Blutrache, Genitalbeschneidung, Verheiratung Minderjähriger, Viehlen toleriert oder gar begünstigt, muss strafrechtlich belangt werden. Sind die Täter Ausländer, dann werden sie ausgewiesen. Allfällig erteilte Aufenthalts- und/oder Niederlassungsbewilligungen sind umgehend zu widerrufen und zu entziehen.

• Hasserfüllte und gewaltbereite Fanatiker sind zu überwachen

Anhänger und Sympathisanten radikal-islamistischer Strömungen sind vom Bundesamt für Polizei sorgfältig zu überwachen. Wer als Ausländer Ideologien anhängt, welche die Vernichtung Andersdenkender anstreben, verliert jegliche Aufenthalts- bzw. Niederlassungsberechtigung in der Schweiz.

• Predigten nur in Landessprachen

Bundesrat und Parlament haben umgehend gesetzliche Grundlagen zu schaffen, auf dass Imame in hiesigen Moscheen ausschliesslich in einer Schweizer Landessprache predigen dürfen.

• Geldflüsse sind zu kontrollieren

Aus dem Ausland an hiesige Moscheen, radikal-islamistische Akteure oder Einrichtungen fliessende Gelder sind auf ihre Verwendung strikte zu kontrollieren, nötigenfalls auch zu beschlagnahmen.



«Jude in Zürich angegriffen: Messerstecher (15) bekennt sich nach blutiger Attacke zum Islamischen Staat (IS)»

Quelle: CH Media, 4. März 2024